

Schwarz-rote Verkehrspolitik: Pragmatisch, aber fantasielos

Kommentar. Die neue Mehrheit im Rat aus CDU und SPD vollzieht in der Verkehrspolitik eine Wende und verabschiedet sich von ehrgeizigen Zielen.



Marcus Schymiczek

Essen. In der Verkehrspolitik herrscht also ab sofort Pragmatismus. Für die neue Mehrheit im Rat der Stadt hat die Instandhaltung des Straßennetzes Vorrang. Es gibt viel zu tun. Das ist nicht zu übersehen. Ohne Ideologie wollen sie deshalb die Herausforderungen auf den Straßen dieser Stadt angehen, betonen CDU und SPD. Gut so. Doch die Frage ist erlaubt: Was hat sie bislang angetrieben?

Es ist nicht lange her, da sind die beiden großen Ratsfraktionen dem „Radentscheid Essen“ beigetreten. Anders als heute stand damals der Klimaschutz weit oben auf der politischen Agenda. Erst durch ihren Beitritt gingen sie kurz vor der Kommunalwahl 2020 einem Bürgerentscheid aus dem Weg. Aus heutiger Sicht war es purer Machtwille, der sie dazu bewog. Philipp Rosenau, neuer Fraktionsvorsitzender der SPD, gestand es jetzt in erfrischender Offenheit ein: Es sei schon damals absehbar gewesen, dass der milliarden schwere Ausbau der Radinfrastruktur finanziell nicht zu leisten sei. Hört, hört.

Allen voran die CDU muss sich heute fragen lassen, warum sie über Jahre eine Verkehrspolitik mitgetragen hat, hinter der sie so nicht stand. Erst beim Streit mit den Grünen um die Ausgestaltung

der Rüttenscheider Straße war das Bauchgrummeln nicht mehr zu überhören. Der Konflikt um die Fahrradstraße trug maßgeblich dazu bei, dass das schwarz-grüne Bündnis kurz vor Ende der Ratsperiode zerbrach. Nun regiert eine neue Mehrheit im Rat. Sie setzt andere Prioritäten. Der Fahrradverkehr zählt nicht dazu.

Das mag man realistisch nennen, denn Essen wird nie eine Fahrradstadt wie Münster, Freiburg oder Kopenhagen. Die Lage als Pendlerstadt mitten im Revier spricht dagegen, die alternde Bevölkerung, die Topografie und auch das Wetter. Ja, es gibt sie, Radler, die sich bei Sturm und Regen hinauswagen, aber sie bleiben eine Minderheit. Das selbst gesteckte Ziel, den Anteil des Radverkehrs auf 25 Prozent zu heben,

war überambitioniert. Und selbst hartgesottene Radler schüttelten den Kopf über Entscheidungen wie den teuren Ausbau der beliebten Gruga-Trasse. Das Geld wäre wahrlich an anderer Stelle besser angelegt. Zurücknehmen werden CDU und SPD den beschlossenen Ausbau jedoch nicht. Zu weit fortgeschritten sind die Planungen. Und bei der Deutschen Umwelthilfe steht die Stadt auch hier im Wort. Die Verbreiterung der Trasse ist Bestandteil des gerichtlichen Vergleiches mit dem Klageverein.

Anderswo vollzieht die große Koalition eine radikale Wende. Wenn CDU-Fraktionschef Fabian Schrupf betont, Schwarz-Rot stehe zum Radverkehr, dann ist das nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Radfahrer werden in Neben-

straßen und Tempo-30-Zonen verdrängt, Hauptstraßen sollen, immer wenn möglich, dem Autoverkehr vorbehalten bleiben. Es ist der Absolutismus, der verstört. Als wäre ein Nebeneinander grundsätzlich ausgeschlossen. Oder ist hier doch Ideologie im Spiel? CDU und SPD machen sich ohne Not angreifbar.

Zu Recht bezeichnet die neue Ratsmehrheit den öffentlichen Nahverkehr als Rückgrat der Verkehrswende. Nur erscheint Schwarz-Rot seltsam uninspiriert,

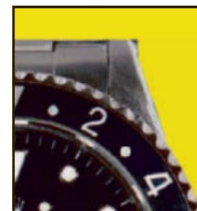
wenn es um den Ausbau des ÖPNV geht. Oder herrscht auch in dieser Frage Pragmatismus? Laut Ruhrbahn-Chefin Linda Kisabaka steht der kommunale Nahverkehr in den kommenden zehn Jahren vor milliardenschweren Investitionen, ohne dass gänzlich klar ist, woher das Geld dafür kommen soll. Die Aussichten sind also eher düster. Ja, die Ruhrbahn wäre schon zufrieden, wenn sie den Status quo halten könnte. Bestenfalls bleibt also alles, wie es ist. Nur wäre das leider viel zu wenig.



Wende in der Essener Verkehrspolitik: Die Aussichten sind eher düster.

IMAGO/Henricus Lüschen

Anzeige



**GUTE ZEITEN FÜR
VERKÄUFER UND KÄUFER**